

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 2/47. Jahrgang

Februar 2016

Schutzgebühr: 0,40 €

Nach 10 Jahren privatem Uniklinikum: 40 Millionen Euro Profit im Jahr

Vor zehn Jahren verscherbelte das Land Hessen das Uniklinikum Gießen-Marburg an die profitorientierte Rhön-Kliniken AG – für einen Betrag von 110 Millionen Euro, nur ein Bruchteil des tatsächlichen Wertes. Bundesweit gilt diese Privatisierung als abschreckendes Beispiel. Aber die hessische CDU und FDP, die den Deal damals ausgeheckt haben, reden immer noch von einer Erfolgsgeschichte. Sie sind ja auch nicht betroffen von den Folgen ihrer damaligen Entscheidung. Das Personal, die Patienten, Studierende, niedergelassene Ärzte, Fach-

verbände wie die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der Marburger Bund sind entsetzt über die Folgen der Privatisierung.

Für das Personal wird die Arbeitshetze von Jahr zu Jahr schlimmer, die Überlastungsanzeigen häufen sich. Die Studierenden klagen darüber, dass kaum ein Arzt noch Zeit hat, ihnen beim Unterricht am Krankenbett etwas zu erklären – obwohl ein beträchtlicher Teil der Gehälter des wissenschaftlichen Personals vom Land bezahlt wird, eben wegen der Lehraufgaben einer Uniklinik. Patienten werden zum Teil entlassen, bevor

sie gesund sind, man spricht von „blutigen Entlassungen“. Schon öfter haben niedergelassene Ärzte, vor allem in Marburg, öffentlich dagegen protestiert.

Um solche Proteste abzustellen, will die Rhön AG freiwerdende Facharztpraxen aufkaufen und durch konzern-eigene kliniksnahe Ärztehäuser ersetzen. All diese Missstände sind

(Fortsetzung auf Seite 2)



Rund 30 Teilnehmer einer Aktion der SDAJ protestierten am 24. Januar gegen den Auftritt der Bundeswehr bei der Bildungsmesse "Chance" in Gießen vor den Hessenhallen. Sie forderten: Kein Werben fürs Sterben! Eure Kriege führen wir nicht!

Inhalt:

Doppel-Unmoral von Merkel & Co	S.2	Kommunale Ausplünderung	S.5
Wohnungsbau/Linie 13/Namen	S.3	Kommunalwahl/Flüchtlinge/Leserbriefe	S.6
Jobcenter-Willkür/Hartz-IV-Schikane	S.4	Gemeinsam wehren/Kirchenrepublik	S.7
		Kurdistan/Termine/Echo-Geld	S.8

Gießener LINKE

ins Rathaus

damit man draußen sieht was drinnen vorgeht!

Zur Kommunalwahl kandidiert die "Gießener Linke", Wahlbündnis aus DKP, Linkspartei und Linkes Bündnis

Stadtparlament: Liste 9

Kreistag: Liste 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP

Die Doppel-Unmoral der Merkel, Gabriel & Co.

Seit den Kölner Vorfällen geht es hoch her. Aus der „friedlichen Silvesternacht“ (erster Polizeibericht) wurden kriminelle sexistische Exzesse. Vorausgeschickt: Jedes Verbrechen an Menschen ist zu ahnden. Das gilt auch für Missbrauch in Kirchen, auf dem Oktoberfest oder an Fastnacht. Aber es stellen sich Fragen: Wieso



jetzt? Wieso derart geballt? Mit der Anzahl der Strafanzeigen steigt die rassistische Hetze. Die Überfälle seien vorwiegend von marokkanischen und algerischen Straßenräubern begangen worden, die umgehend abzuschoben seien. Nun ist deren Treiben seit Jahren bekannt, ebenso wie die hoffnungslosen Zustände in Algerien, wo im französischen Kolonialkrieg bis zu 1 Million Algerier teilweise bestialisch getötet wurden. - Jetzt wird pauschal gegen „die Flüchtlinge“, gegen „die Ausländer“ gehetzt. Die Vorfälle in Köln und anderen Städten kommen jenen zupass, die auf einen solchen Anlass warteten, um

(Fortsetzung von Seite 1)

Uni-Klinikum

Folge der profitorientierten Krankenversorgung – nach undementierten Presseberichten erwirtschaftet die Rhön AG Jahr für Jahr etwa 40 Millionen Euro mit dem Betrieb des Uniklinikums. Da in den von den Krankenkassen gezahlten Beträgen aber kein Anteil für Dividenden, Zinsen und Investitionen enthalten ist, kann jeder Überschuss nur auf Kosten des Personals und der Patienten erzielt werden. Die herrschende Profitideologie hat vor zehn Jahren zur Privatisierung geführt. Diese fatale Entscheidung darf keinen Bestand haben – das Uniklinikum Gießen-Marburg muss wieder in öffentliche Verantwortung überführt werden. Gernot Linhart

ihren Rassismus auszuleben, um die Asylgesetze zu verschärfen und um Abschiebungen voranzutreiben.

Arrangierte Flüchtlingshetze?

Es erinnert an die 90er Jahre, als plötzlich (bei viel weniger Flüchtlingen) „das Boot voll“ war, als Asylantenheime brannten wie in Rostock-Lichtenhagen und die Polizei weitgehend tatenlos blieb. Diese Pogromstimmung war gewünscht, um das Grundrecht auf Asyl faktisch abzuschaffen*).

Auch im vergangenen Jahr haben rechte Gewalttaten massiv zugenommen. Es wurden mehr als 500 Anschläge auf Flüchtlinge verübt, darunter 126 Brandanschläge auf Wohnheime. Und die Täter? Und die Polizei?

Schützt Pegida-Aufmärsche. Während Merkel mit „wir schaffen das“ den betreffenden Wirtschaftszweigen einen Auftragsboom bescherte und die Industrie auf billige Arbeitskräfte spekuliert, will Seehofer „Obergrenzen“ festlegen. Dabei

hat die BRD in ihrer Geschichte ein Mehrfaches an Flüchtlingen aufgenommen und integriert. – Über die Fluchtursachen wird geschwiegen (s. Artikel auf Seite 6).

Wer sind die nächsten Opfer?

Schließlich hat die „westliche Wertegemeinschaft“ nicht Nordafrika sowie den Nahen und Mittleren Osten in Brand gesetzt, damit es den Menschen dort gut geht. Sie will ans Öl, sie will ihre Machtposition ausbauen; und das gilt für die EU ebenso wie für die USA. Da ist man auch bei der Auswahl der Bündnispartner nicht wählerisch, seien es feudale Mörderbanden wie in Saudi-Arabien, Terror-Regime wie in der Türkei oder Faschisten wie in der Ukraine.

Wir dürfen uns nichts vormachen: das barbarische imperialistische Machtstreben wird auch vor Russland und China nicht Halt machen.

Erika Beltz

*) Flüchtlinge sollen seither nur noch in dem Land einen Asylantrag stellen dürfen, in dem sie erstmals Europa betreten. Für die BRD heißt das: nur wenn sie mit dem Flugzeug kommen.



Nicht nur die Schlepper zocken ab. Flüchtlingen, die vom Süden in die BRD kommen, wird an der Grenze das Geld und oft auch Wertsachen abgenommen. Bevor sie irgendeine Leistung in Anspruch genommen haben, müssen sie zahlen. Begründet wird dies damit, dass „ein Erstattungsanspruch gegen eine Person besteht oder erwartet wird“. Bis auf einen Freibetrag wird alles kassiert; der liegt in Bayern (CSU) bei 740 Euro, in Baden-Württemberg (Grüne) nur bei 350 Euro. Wer in die BRD flüchtet, nimmt das Grundrecht auf Asyl in Anspruch – dafür Geld zu kassieren, ist ein Unding. Besonders schäbig ist die Konfiszierung von Wertsachen wie zum Beispiel Familienschmuck, der bei Flüchtlingen oft Erinnerung an zurückgelassene Angehörige ist.

Wohnungsbau: jahrelang bewusst vernachlässigt

Eines der brennendsten Probleme in Gießen ist der Mangel an – vor allem billigen – Wohnraum.

Er wird dadurch vergrößert, dass die Wohnbau selbst mit „energetischen Sanierungen“ vorher preiswerte Wohnungen für Geringverdiener unbezahlbar macht. Gebaut wird viel, in Gießen aber oft ohne Rücksicht auf Natur und Nachbarn und vor allem teure Luxuswohnungen.

Allein bei der Wohnbau sind 1450 Wohnungssuchende gemeldet; aber der Magistrat bleibt untätig.

Gleichzeitig stehen in Gießen 1400 Wohnungen leer, hinzu kommen leerstehende Büros und Gewerbeflächen. Diese Zahlen wurden 2011 im Mikrozensus ermittelt und dürften sich kaum verändert haben.

Diesem Leerstand könnte die Stadt einen Riegel vorschieben und die Wohnungsnot lindern, aber sie will wohl nicht.

Stattdessen sagt OB Grabe-Bolz:

„Ohne Mittel von Land und Bund werde die Stadt die Herausforderungen nicht bewältigen können.“

Damit macht sie es sich leicht und schiebt die Verantwortung ab, wie es auch ihre Vorgänger gemacht haben. Dabei sind es ihre eigenen Parteimitglieder, die in der Berliner Koalition auch über die finanzielle Zuweisung der Steuermittel bestimmen.

Und es waren ihre Parteimitglieder, die in Wiesbaden – bevor die CDU drankam – auch nichts für den sozialen Wohnungsbau übrig hatten.

Dieses Spiel zwischen Opposition, die fordert, und Regierung, die ablehnt, funktioniert seit Jahrzehnten mit abwechselnden Rollen und nennt sich Demokratie.

Die Bedürfnisse der Menschen bleiben – nicht nur beim Wohnen – auf der Strecke; hierfür ist „kein Geld da“, während für Kriege und Rüstung Milliarden bezahlt werden.

Michael Beltz



Namensgebung: Mehr Antifaschisten ehren!

Im vergangenen Jahr wurde in Gießen die Ehrung zweier Nazis getilgt. Das zur Uni gehörende Otto-Eger-Heim (Mensa und Wohnheim) und die Friedrich-Feld-Schule wurden ihre anrüchigen Namen los. Das Otto-Eger-Heim wurde bereits umbenannt, es heißt jetzt Mildred-Harnack-Fish-Heim, benannt nach einer Antifaschistin die an der Gießener Uni promoviert hat, der von den Nazis „Rote Kapelle“ genannten Widerstandsgruppe angehörte und von der faschistischen Justiz ermordet wurde. Diese neue Benennung ist begrüßenswert. Ihr sollten weitere Ehrungen von Antifaschisten folgen, die seit Jahren von der DKP und vielen anderen geforderte Ehrung der Gießener Ria Deeg wird vom Magistrat mit fadenscheinigen Gründen verweigert. Die Friedrich-Feld-Schule hat noch keinen neuen Namen, für ihren Tag der offenen Tür warb sie noch Wochen nach der Ablegung des Namens mit altem Logo und Namen in allen Gießener Zeitungen. Bei den ehemaligen Namen dieser Einrichtungen – und noch bei einigen anderen – ist ein Glück, was eigentlich schade ist: Die Nutzer der Gebäude haben in der Regel keinerlei Bezug zu den Namensgebern, so gut wie niemand weiß, welche Person und Geschichte sich dahinter verbirgt. Eigentlich wäre es doch wünschenswert, wenn Namen von Einrichtungen nicht nur Schall und Rauch wären, sondern den Menschen auch vermittelt würde, warum es zu der Namensgebung kam. Dann dürfte es natürlich auch nur ehrenwerte Namenspatrone geben. Gernot Linhart



Buslinie 13: Bürgermissachtung statt versprochener "Bürgerbeteiligung"

Im Dezember wurde das neue Wohngebiet am Bergwerkswald endlich an das Gießener Busnetz angeschlossen. Dabei zeigte sich wieder mal die tolle Bürgernähe unserer Stadtregierung.

Die Buslinie 13, die das Gebiet anfährt, lässt jetzt das vorher angefahrne Musikerviertel links liegen. Wer dort wohnt oder hin will muss jetzt bis zu 500 Meter zu Fuß gehen. In dem Viertel wohnen viele ältere Menschen, dort befinden sich unter anderem die Willy-Brandt-Schule, das Dialysezentrum und einige Arztpraxen.

Die Neubauten am Bergwerkswald wurden in den letzten 6 Jahren er-

stellt, die Planungen für das Wohngebiet liegen 10 Jahre oder länger zurück. Eigentlich sollte es doch selbstverständlich sein, bei der Planung eines Neubaugebietes auch die Verkehrsanbindung, individuell und öffentlich, mit zu berücksichtigen – ohne einem benachbartem Viertel massiv zu schaden. In Gießen kann davon keine Rede sein. Ein Lied davon singen können auch die Bewohner der Siedlung Petersweiher. Beim Bau der Häuser in den 70er Jahren wurde den zukünftigen Bewohnern eine Anbindung an das Gießener Busnetz versprochen – was aber nie realisiert wurde.

Gernot Linhart

Die Willkür der Jobcenter scheint grenzenlos

Im Oktober erhielt ein Hartz-IV-Empfänger ein Schreiben vom Jobcenter, in dem ihm die Kürzung seines Heizkostenzuschusses mitgeteilt wurde – ohne Begründung. Es handelt sich um dieselbe Wohnung und dieselbe Heizung.

Obwohl laut Abrechnung sogar eine Nachzahlung fällig war, die das Jobcenter sich weigerte zu übernehmen, wurde der Betrag um rund 60% (!) gekürzt. Es sei eine Neuberechnung vorgenommen worden, hieß es lediglich lapidar. Auf was diese sich gründet, ist dem Betroffenen schleierhaft. Auf Nachfragen erhielt er

ebenso wenig eine Antwort, wie auf Beschwerden. Ein förmlicher Widerspruch wurde zurückgewiesen, weil



die Angelegenheit noch in der Schwebe sei.

Seither erhält der Betroffene monatlich rund 50 Euro weniger, muss diese Differenz zu seinen realen Heizkosten aus eigener Tasche bezahlen;

und das heißt bei einem Hartz-IV-Empfänger, dass er nicht mehr genug Geld für das Nötigste hat.

Für ihn ist damit der Tatbestand einer „vorsätzlichen Körperverletzung“ erfüllt und er wird alle Rechtsmittel ausschöpfen, wenn es sein muss bis zur Klageerhebung.

Für das Jobcenter, das keine Hemmungen hat, seinen „Klienten“ den letzten Cent zu streichen, solange es seine Paragraphen hergeben, ist das der inhumane Alltag.

Die als unumstößlich einst verstandenen Prinzipien des Grundgesetzes wie „Die Würde des Menschen ist unantastbar“ sind längst Vergangenheit. Für solchen Mumpitz haben die Herrschenden schon seit langem kein müdes Lächeln mehr übrig.

Erika Beltz

Food-Sharing rettet Lebensmittel

Die Tafel ist nicht die einzige Einrichtung in Gießen, die Lebensmittel vor der Vernichtung bewahrt und an Bedürftige abgibt. Nicht ganz so bekannt ist das „Food-Sharing“. Eine Gruppe von Studenten holt am Ende des Wochenmarktes nicht verkauft Obst, Gemüse und andere Waren ab und bringt alles ins Café Amélie im Gewerkschaftshaus. Dort kann man sich an den Markttagen ab 15 Uhr versorgen – und dies ohne Gebühr und ohne einen Nachweis der Bedürftigkeit wie ihn die Tafel verlangt.

An anderen Terminen, montags ab 19.30 Uhr sowie donnerstags und freitags ab 19 Uhr gibt es im Café Amélie Brot, Brötchen und manchmal auch Kuchen.

Kontakt zu der Gruppe kann man aufnehmen unter:

giessen@lebensmittelretten.de, die Teil des bundesweiten Netzwerks „lebensmittelretten.de“ ist.



Neue Schikanen und Null-Euro-Jobs für Hartz-IV-Empfänger

Die Politiker werden nicht müde, wenn es darum geht, aus den Ärmsten noch mehr Geld herauszupressen. So gelten Jugendliche ab 15 Jahren als „erwerbsfähig“ und müssen sich als Hartz-IV-Empfänger seit diesem Jahr selbst krankenversichern.

Zwar übernimmt das Jobcenter den Mindestbeitrag, aber nur bis zum durchschnittlichen Zusatzbeitrag. Erhebt die Krankenkasse mehr, muss man wechseln oder beim Essen spa-

ren. Der bürokratische Aufwand wird immer größer.

Einen weiteren Punkt bringt die CDU wieder ins Spiel. Sie will die „Jobpflicht“ über das Programm „Bürgerarbeit“ einführen. Hartz-IV-Empfänger sollen gezwungen werden, Null-Euro-Jobs auszuüben.

Mit den kostenlosen Arbeitskräften sollen zum Beispiel Gemeinden ihre sozialen Aufgaben erfüllen. Ob man bei den Zwangsverpflichteten die ge-

strichenen Rentenbeiträge wieder zahlt, bleibt dabei offen.

Weitere Informationen gibt es auf einer Diskussionsveranstaltung mit Werner Altmann, Mitglied des Parteivorstandes der DKP und Sozialberater bei der IGM, am 18. Februar um 19.30 Uhr in der Kongresshalle Gießen. Betroffene und Interessierte sind dazu herzlich eingeladen.

Rainer Grabowski

Zu den Kommunalwahlen 2016 in Gießen

In ein paar Wochen sind Kommunalwahlen. Als DKP-Mitglied seit vielen Jahren kandidiere ich auf der Liste Gießener Linke für das Stadtparlament und mache mir natürlich Gedanken über aus meiner Sicht Gießener Probleme. Als langjähriger freigestellter Betriebsrat im Einzelhandel lehne ich schon immer die verkaufsoffenen Sonntage ab. Zähneknirschend machen diesen Unsinn Beschäftigte des Einzelhandels mit. Warum? Weil es

(noch) Zuschläge gibt und bei Weigerung Ärger durch den Chef. Die vor einiger Zeit gegründete Allianz für den freien Sonntag Gießen und Umgebung, bestehend aus Gewerkschaften, Kirchen und Betriebsräten, kämpft gegen Sonntagsarbeit und verkaufsoffene Sonntage. Leider gibt es in Gießen immer noch vier Sonntage im Jahr mit geöffneten Läden. Abgeordnete der Gießener Linken werden sich im Stadtparlament immer gegen

verkaufsoffene Sonntage wenden und unterstützen die Allianz für einen freien Sonntag. - Weitere Themen wären für mich im Stadtparlament:

Der Brandplatz soll so bleiben wie er zur Zeit ist. Auch wende ich mich gegen eine Parkplatzbewirtschaftung auf dem Messeplatz an der Ringallee. Die Parkplätze Brandplatz und Messeplatz sind wichtig für Kunden des Einzelhandels sowie für Innenstadt-Beschäftigte. Deshalb ist es sinnvoller, sich zu überlegen, wie Kunden günstig und nah an der Innenstadt parken können, statt ständig die Verkaufsflächen in Gießen zu erweitern. Die Galerie Neustädter Tor mit den vielen Leerständen sollte als warnendes Beispiel dienen.

Helmut Appel



Leserbriefe

"Wir müssen von Zeit zu Zeit Terroranschläge verüben, bei denen unbeteiligte Menschen sterben. Dadurch lässt sich der gesamte Staat und die gesamte Bevölkerung lenken. Das primäre Ziel eines solchen Anschlages sind nicht die Toten, sondern die Überlebenden, denn die gilt es zu lenken und zu beeinflussen." Dies gilt m.E. auch für den Anschlag in Paris, um die politische Richtung weiter rechts und Richtung Krieg zu lenken. Das Zitat stammt von Vincenzo Vinciguerra, Nato-Geheimarmee "Gladio" und Drahtzieher des Anschlages im Jahre 1972 in Italien, bei denen fünf Carabinieri starben und später, 1978, Aldo Moro ermordet wurde. Vielleicht sollte man dies auch unter diesem Gesichtspunkt betrachten!

Uwe Moldenhauer

Mach meinen Kumpel nicht an. Ich muss/kann/darf alle Rassisten, "besorgte" Bürger und diverse Politiker herbe enttäuschen. Ihre Befürchtungen, Ängste und Hasstiraden sind mehr als grundlos. Weder die Migranten, noch die Flüchtlinge haben die Kriminalitätsrate erhöht. Diese "Diskussion" und die Behauptung, ausländische Personenkreise schädigten reihenweise deutsche Frauen und Mädchen sexuell und materiell, sind nachweislich falsch und erlogen. (Quelle: Kriminaldirektor Küch, Braunschweig) Diese Behauptungen sind falsch und kriminell. Sie dienen nur einem Zweck: Ablenkung von den Problemen des Kapitalismus.

Falk Moldenhauer

Flüchtlinge herholen – wie geht das?

1. 10 Jahre Krieg gegen Afghanistan. Ergebnis: Land zum großen Teil zerstört und der Taliban herrscht wieder.
2. Krieg gegen den Irak. Wenn auch kein Giftgas gefunden wurde, so liegt der Erfolg auf der Hand. Der IS hat sich gegründet und handelt.
3. Krieg gegen Libyen. Das Sozialsystem und das Land wurden zerbombt. Der IS hat eine weitere Basis.
4. Jetzt noch Krieg gegen Syrien. Das Land wurde erfolgreich zerstört und Menschen mit NATO-Bomben ermordet. Der IS hat große Teile des Landes in seiner Hand.

Das Ergebnis aller Kriegsverbrechen ist, dass Menschen vor Terror und Elend fliehen und Sicherheit suchen. Damit nach Europa noch mehr Menschen fliehen, werden Waffen an Saudi-Arabien verkauft, die dann die Waffen an den IS weitergeben. Die Türkei öffnet den Weg nach Westen, damit der IS seine Waffen auch in Westeuropa benutzen kann.

Flüchtlingsströme verhindern!

Es heißt oft, die Ursachen müssten bekämpft werden. Wie könnte das

aussehen? Die Staaten und die Rüstungsindustrie, die die Vernichtungsfeldzüge gestartet haben, werden verpflichtet, die Länder mit ihrer Infrastruktur wieder aufzubauen, die sie zerstört haben. Dies wird mit dem Ziel verfolgt, den Menschen in ihrem Land Arbeit, Wohnung, Essen, Gesundheitsfürsorge und Bildung zu ermöglichen. So hätten die Menschen eine Perspektive und würden genauso wenig fliehen, wie die, denen es in Deutschland und anderswo einigermaßen gut geht.

Als Zeichen der Entschuldigung sind alle Kriegsverbrecher zu verurteilen. Das gleiche im Sinne des Wiederaufbaus gilt für jene afrikanischen Länder, die wie Nigeria durch die Firma Shell und andere kaputt gemacht werden. Ebenso die Länder, die mit billigen Lebensmitteln torpediert werden und mit Zwang durch Lebensmittelkonzerne verpflichtet sind, Monokulturen anzubauen. Auch hier gilt: raus aus Afrika, damit die Bauern in den nächsten Jahren nicht fliehen müssen.

Michael Beltz

6. März: Sich gemeinsam wehren - ich bin dabei

Bürgerbeteiligung und Bürgernähe wurden oft versprochen. Bei der vergangenen Landesgartenschau wurde der Bürgerinitiative „Stoppt diese Landesgartenschau“ neben dieser auch Unterstützung bei einem Bürgerbegehren zugesichert. Wir haben zwei durchbekommen - gegen die Grüne Bürgermeisterin (genannt Kettensägen-Gerda), gegen die Oberbürgermeisterin und gegen die im Parlament vertretenen Parteien, lediglich die Partei die Linke und das Linke Bündnis/Bürgerliste haben uns unterstützt. Wir wurden blockiert, ge-

hindert und man ging sogar rechtlich gegen die BI vor. Leider konnten deshalb der Umweltfrevler und das Verschleudern von Steuermitteln, die anderswo dringend gebraucht werden, nicht verhindert werden. Das Schönreden der aktuellen Situation nutzt jetzt auch nichts mehr. Die Menschen sollen aktiv mitbestimmen dürfen, was in Gießen passiert und wofür Gelder ausgegeben werden. Ich kandidiere, weil ich nicht passiv zuschauen möchte, wie kostbare Wälder und Naturbiotope für wirtschaftliche Interessen vernichtet wer-

den. Es gilt die Machenschaften zu beobachten und veröffentlichen, damit nicht weiter ohne Kenntnisnahme der Bürgerinnen und Bürger Teile der Lebensgrundlage dem Kapital weichen müssen.

Die Stadt hat den Schwanenteich verschandelt und die schöne Bogenbrücke abgerissen und durch einen hässlichen Überweg ersetzt. Davon kann sich jeder überzeugen. Aber die Rettung des Uferwegs ist uns gelungen; dies gilt bis zum 29. Februar 2016. Ob wir danach wieder kämpfen müssen, wird sich zeigen. Ich wäre dabei.

Ich kandidiere, weil Gießen ökologisch aufgewertet werden muss. Gießen benötigt mehr Radwege, günstige Busverbindungen, grüne und gepflegte Spielplätze und Park and Ride Systeme. Carsharing soll unterstützt und die Straßen und Gebäude behindertengerecht gestaltet werden.

Meine Erfahrung während der letzten Jahre ist: Es kann nur etwas erreicht werden, wenn die Menschen sich zusammenschließen und sich gemeinsam wehren. Das gelingt umso besser, wenn sie auch im Stadtparlament Stimmen haben, die sie unterstützen.

Martina Lennartz



Buchtipps: Kirchenrepublik Deutschland

Carsten Frerk befasst sich in seinem neuesten Buch mit dem „Christlichen Lobbyismus“. Der Autor zeigt auf, wie die Kirchen in Deutschland Einfluss auf die Politik nehmen, um ihre Interessen durchzusetzen.

Bereits mit der Kindstaufe beginnen die Kirchen, ihre Lobbyisten heranzuziehen. Der große Einfluss in Bildung und Erziehung wird genutzt, um in allen Bereichen des öffentlichen Lebens ihre Interessenvertreter zu installieren. Der Auftrag dazu käme dabei „direkt von Gott“. Denn die Kirchen sind sich durchaus bewusst, dass es für ihre Lobbyarbeit keine staatsrechtliche Grundlage gibt. Im Grundgesetz ist die Trennung von Staat und Kirche sogar ausdrücklich verankert. Daher geschieht diese Einflussnahme eher im Verborgenen, wenn zum Beispiel Gesetzestexte schon im Entwurfsstadium beeinflusst werden. Der Autor zeigt dabei sehr detailliert auf, welche per-

sonellen Verflechtungen es zwischen Staat und Kirche gibt. Die Lobbyisten sitzen nicht nur in den kleinen Verwaltungen, sondern überall dort, wo Gesetze ausgearbeitet werden, sowie in den Ministerien, beim Bundesverfassungsgericht und beim Bundespräsidenten.

Ein Schwerpunkt des Buches ist der finanzielle Aspekt. Als zweitgrößter Immobilienbesitzer nach dem Staat sind die Kirchen eifrig bestrebt, ihren Reichtum zu erhalten und zu vermehren. Bei einem geschätzten Jahresumsatz von 129 Milliarden Euro können die Kirchen auf keinen Cent verzichten. So wurden zum Beispiel auf Druck der Kirchen alle Kreditinstitute verpflichtet, die Kirchensteuer auf Kapitalerträge direkt abzuführen. Offenbar waren zu wenig bereit, ihren Obolus freiwillig zu entrichten. Selbst Steuersenkungen werden erfolgreich verhindert, da sonst die Kircheneinnahmen sinken würden.

Das Buch ist für jeden zu empfehlen. Den Kennern der Materie werden geschichtliche Hintergründe, ausführliche Zusammenhänge und Abhängigkeiten aufgezeigt. Alle anderen können oft nur staunen, wo und wie die Kirchen Einfluss auf unser gesamtes Leben haben. Erschienen ist das Buch für 18,00 € im Alibri Verlag, ISBN: 978-3-86569-190-3.

Rainer Grabowski

Redaktionsschluss für März-Echo: Mi., 17. Febr.

Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 € im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 51350025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: dkp@dkp-giessen.de. Im Internet: www.dkp-giessen.de

Weg mit Hartz IV - oder?

Was wir uns unter einer echten
Grundsicherung vorstellen

Referent: Werner Altmann,

Mitglied des Parteivorstands der DKP, Sozialberater bei der IGM, Freiburg

**Am Donnerstag, dem 18. Februar, 19.30 Uhr,
im Versailles-Zimmer der Kongresshalle**

**Eine Diskussions-Veranstaltung von DKP, SDAJ
und Aktions-Bündnis Sozialproteste Gießen**

Veranstaltungen der Gießener Linken

**Am Mittwoch, den 24. Februar, um 18 Uhr,
im Vortragsraum der Kongresshalle mit**

Janine Wissler,

Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Hessischen Landtag

**Am Dienstag, den 1. März, um 18 Uhr,
im Kerkrade-Zimmer der Kongresshalle mit**

Christine Buchholz,

Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Thema: Krieg und Frieden

Solidarität mit Kurdistan

Die DKP Gießen erklärt sich solidarisch mit den Kurdinnen und Kurden, die mit Mahnwachen auf das Massaker des türkischen Staates aufmerksam machten. Der türkische Staat nutzt den Kriegszustand im Nahen Osten, um die „Kurdische Frage“ wieder mit Gewalt zu lösen. Es genüge nicht mehr, Terrorgruppen wie den Islamischen Staat oder die Al Nusra Front zu unterstützen, die Türkei ist zum offenen Staatsterrorismus, zum offenen Bürgerkrieg zurückgekehrt. Als Grund hierfür benannte Henning Mächerle als Redner der DKP auf der Abschlusskundgebung, dass die Türkei und die sie unterstützenden reaktionären Regime des Nahen Ostens das positive Beispiel der gesellschaftlichen Alternative fürchten, wie sie zum Beispiel in Rojava gelebt wird. Durch die Politik der imperialistischen Staaten, allen voran der USA, werden Millionen Menschen systematisch ihrer Lebensgrundlagen beraubt. Die Zerschlagung existierender Staaten dient dem Ziel der politischen Kontrolle und der Wiedererlangung des direkten Zugriffs auf die Rohstoffe der Region. Die DKP fordert den Stopp des Staatsterrorismus in der Türkei und Freiheit für Kurdistan.

Info-Stände der DKP

sind angemeldet für die Samstage: 6. und 20. Februar sowie 5. März, jeweils ab 10.30 Uhr, am Kreuzplatz 9, vor Mode Meid.



Pressefest der DKP

Vom 1. bis 3. Juli 2016 findet wieder in Dortmund im Revierpark Wischlingen das UZ-Pressfest, Volksfest der DKP, statt. Zur Finanzierung gibt es wieder die Buttons zu 10 bzw. 5 €

**UZ-Sozialistische
Wochenzeitung der DKP**
UZ Woche für Woche
antikapitalistisch!

Liebe Leserinnen und Leser des Gießener Echo,

einige werden es bereits mitbekommen haben: die Druckerei, in der das Echo gedruckt wird, hat Insolvenz angemeldet. Für uns heißt das: Die Druckkosten werden nicht unerheblich steigen. Wir müssen unsere Leser/Abonnenten um mehr Spenden und um pünktliche Bezahlung der Zustellungsgebühren bitten.

Gerade angesichts der politischen Weltlage, der Kriegsgefahr und der Verelendung versucht das Gießener Echo ein Gegenpol zur bürgerlichen Presse zu sein, die sich durchweg mit kleinen Unterschieden als Sprachrohr der Herrschenden versteht.

Deshalb unsere dringende Bitte an alle, mitzuhelfen, damit das Echo weiter in hoher Auflage erscheinen kann.

**Wir bitten um Überweisung auf
das Konto:**

**Sparkasse Gießen, IBAN: DE75
5135 0025 0000 1930 70.**

Selbstverständlich nehmen wir auch Bargeld: am Info-Stand, bei unseren Veranstaltungen, an DKP-Mitglieder oder per Post. Nicht vergessen: Spenden an politische Parteien können von der Steuer abgesetzt werden.

Mit vielem Dank

und hoffnungsvollen Grüßen
Redaktion Gießener Echo



news.dkp.de

www.dkp-hessen.de

dkp-giessen.de

DKP Gießen auch bei Facebook

**Widerstand
gegen Hartz IV**
**montags 18 - 19 Uhr,
bei den 3 Schwätzern**

10 Wochen kostenlos testen
CompressVerlag, HoffnungsStr.
18, 45127 Essen
info@unsere-zeit.de